Schwerpunkt Interview mit Professor Michael Wohlgemuth

«Spare in der Zeit, so hast du in der Not»: Daran sollte das Land festhalten

Interview In der Studie «Erfolgsfaktor solide Staatsfinanzen» der Stiftung für Staatsrecht und Ordnungspolitik (SOuS) befasste sich Michael Wohlgemuth vertieft mit dem Vermögen der öffentlichen Hand. Das «Volksblatt» hat den Ökonomieprofessor zum Thema befragt.

VON HANNES MATT

Wohlbehütetes Liechtenstein dank solider Staatsfinanzen? Die Skulptur «Figure in a shelter» von Henry Moore vor dem Regierungsgebäude. (Fotos: ZVG)

«Volksblatt»: Herr Wohlgemuth, in Ihrer Studie kommen Sie zum Schluss, dass es nicht nur sinnvoll, sondern unabdingbar sei, dass das Fürstentum auch in Zukunft mit soliden Staatsfinanzen auftrumpft. War das denn nicht von vornherein klar?
Michael Wohlgemuth: Nun, der Verdacht lag zumindest nahe. Aber der Fall Liechtenstein ist dennoch ein sehr spezieller und erklärungsbedürftiger. In meiner Disziplin – der Volkswirtschaftslehre – findet man eigentlich nur Gründe, weshalb sich Staaten verschulden und dies auch bis zu irgendeiner Grenze unbekümmert tun können. Wenn ich Kollegen erzähle, ich kenne ein Land in Europa, das nicht nur ohne Staatsschulden auskommt, sondern Reserven aufgebaut hat, die bei Land, Gemeinden und Sozialversicherungen jeweils ein Vielfaches der Jahresausgaben ausmachen, ist erst einmal die Überraschung und Neugier gross.

Woher kommt das viele Geld in den Kassen der öffentlichen Hand? An den Steuern kanns ja nicht liegen, die sind ja immer schon tief gewesen. Oder etwa doch?
Doch, schon auch. Zunächst kommt das Geld natürlich aus der enormen Wirtschaftskraft des Landes. Industrie und Dienstleistungen sind meist global tätig und sehr wettbewerbsfähig. Das wiederum hat viele Gründe wie etwa die Mitgliedschaft in EWR und EFTA, die liberale Ordnungspolitik, aber auch die Steuerpolitik. Im Standortwettbewerb kann man mit niedrigen Sätzen auch viel Steuersubstrat im Land halten oder ins Land holen. Menge mal Preis machen dann das Aufkommen aus, das durchaus höher liegen kann als bei höheren Steuersätzen. Dazu kommt auch, dass man im Land nicht dazu neigt, hohe Steuereinnahmen auch gleich in hohe Staatsausgaben zu verwandeln. Zwar wuchsen beide Posten auch im Vergleich zur Wirtschaftsleistung (BIP) historisch recht kontinuierlich, aber in den letzten Jahrzehnten blieben meist Überschüsse, die in die Reserven gepackt wurden.

Ist es historisch gewachsen, dass Liechtenstein nicht zum Schuldenland mutierte, wie die meisten anderen Länder?
Schon die Geburt des Landes vor 300 Jahren verdankt sich wohl nicht zuletzt dem Faktor relativ solider Finanzen. Die Grafen von Hohenems waren hoffnungslos verschuldet; Fürst Johann-Adam war zu der Zeit erfolgreich in der Konsolidierung der Haushalte des Hauses Liechtenstein (aber auch Habsburg). Nach dem Ersten Weltkrieg indes war das Land am Rande des Staatsbankrotts: Die Textilindustrie lag am Boden; die Guthaben in österreichischer Währung waren fast nichts mehr wert; die Schulden, die in der Schweiz zur Ernährung der Liechtensteiner gemacht wurden, kaum noch bezahlbar. Spätestens dann merkte man im Land, dass die immer wieder prekäre Souveränität auch davon abhängt, dass die Finanzen einigermassen in Ordnung sind.

> «Eine ruchlose Ausgabenpolitik auf Kosten anderer ist hier im Land kaum möglich.»

Welche Rolle spielte hierbei das Fürstenhaus?
Eine wichtige, denke ich. Die Eindämmung des Rheins 1864; der Schuldenabbau 1920; die Bewältigung der Überschwemmung 1927 oder des Bankrotts der Spar- und Leihkasse 1928 erfolgte zu grossen Teilen durch (meist danach in Schenkungen gewandelte) Darlehen des Fürstenhauses. Der Landeshaushalt bzw. die Steuern der Bürger hätten dafür wohl nie gereicht, ohne den Bürgern eine dauerhafte Hypothek an immensen Schulden aufzubürden.

> «Jetzt merkt man auch, wie wichtig die Freizügigkeit von Personen ist.»

Hat sich die Liechtensteiner Politik – also die Grossparteien FBP und VU – schon immer sorgsam im Umgang mit den Staatsfinanzen gezeigt und wo orten Sie die Gründe dafür?
Ich bin in Liechtenstein weder Parteigänger noch Parteienexperte. Aber nach allem, was ich lese und höre, hatten und haben beide Grossparteien traditionell eine recht ähnliche «fiskalisch-konservative» Haltung. Dies mag nicht nur an den Präferenzen ihrer Wähler und den Erfordernissen des Landes liegen, sondern auch am Parteiensystem in Liechtenstein. In fast allen Demokratien gilt der Anreiz für die Regierungspartei, die eigene Klientel mit mehr Ausgaben zu beglücken, aber nicht mit mehr Abgaben zu bedrücken. Mit Krediten kann man beides gleichzeitig tun: das ist parteistrategisch attraktiv. Mit einer Sparpolitik dagegen schafft man Verdruss und füllt nur die Kassen der Opposition, die nach einem Regierungswechsel dann wieder ihre Klientel bedienen kann.
In Liechtenstein ist diese Logik des «politischen Konjunkturzyklus» zwar sicher nicht völlig ausser Kraft gesetzt, aber doch wohl deutlich weniger ausgeprägt als etwa in Italien, Frankreich oder Deutschland.

Prof. Michael Wohlgemuth.

Hier regieren FBP und VU oft genug gemeinsam; und dabei ist es nie ganz ausgemacht, wer in Zukunft (und schon gar alleine) wird regieren können. Eine ruchlose Ausgabenpolitik auf Kosten anderer ist hier im Land kaum möglich.

«Spare in der Zeit, so hast du in der Not»: Warum hält Liechtenstein heute noch an diesem Grundsatz fest, während dies für andere Länder längst nicht mehr gilt?
Das hat sowohl externe als auch interne Gründe. Klar ist, dass Liechtenstein extrem stark von politischen und ökonomischen Entwicklungen im Ausland abhängig ist. Das zeigte schon die Finanzkrise 2008 und jetzt die Coronakrise. Den Liechtensteinischen «Binnenmarkt» mit staatlichen Ausgabenprogrammen zu stimulieren, bringt da volkswirtschaftlich-konjunkturell wenig; auch wenn es natürlich sinnvoll ist, die Beschäftigung gerade bei lokalen Dienstleistungen staatlich zu unterstützen. Die Wertschöpfungsketten im Land sind im Hinblick auf Beschaffungs- und Absatzmärkte von Gütern, Dienstleistungen und Kapital freilich extrem vom Ausland abhängig. Und jetzt merkt man auch, wie wichtig die Freizügigkeit von Personen ist; nicht zuletzt der Zupendler aus den Nachbarstaaten. All das hat auch mit politischen Entscheidungen zu tun, die andere treffen. In Krisen neigen andere zu Protektionismus und Möglichkeiten, den Standortwettbewerb zu manipulieren. Gerade in der Steuerpolitik könnten Länder mit überbordender Staatsverschuldung nicht nur einen neidischen, sondern auch gierigen Blick in die Alpen richten.
Der wesentliche interne Grund ist die in Liechtenstein (wie anderswo) absehbare demografische Entwicklung. Die fiskalische «Generationenbilanz» sieht zwar noch recht gut aus; doch in den kommenden Jahrzehnten werden sich auch hier Lücken auftun. Und da ist es gut, den jungen Leuten und den kommenden Generationen nicht neben höheren Beiträgen auch noch Staatsschulden aufzubürden.

Sie schreiben in der Studie, dass die Bürger mit der direkten Demokratie über effektive Instrumente verfügen, um eine Verschuldung des Staates zu verhindern. Hat sich dies mit der S-Bahn-Abstimmung wieder einmal bestätigt?
Es sieht so aus. Grundsätzlich kann man aus empirischen Untersuchungen zumindest in der Schweiz ableiten, dass direkte Demokratie zu geringeren Ausgaben, Steuern und Schulden führt. Auch in Liechtenstein hat sich oft genug in Abstimmungen der «fiskal-konservative» Instinkt geäussert, im Zweifel eher «nein» zu sagen – zumal, wenn wichtige Fragen noch ungeklärt scheinen. Das war wohl auch bei der S-Bahn-Abstimmung so. Man kann dies bedauern, weil es auch zukunftsträchtige Investitionen verhindert oder verzögert. Ich beobachte das derzeit aus Berlin, wo es auch gesetzlich Abstimmungen gibt. Aber hier geht das eher so (ich überspitze etwas): Eine Minderheit der wahlberechtigten Bürger beschliesst mit Mehrheit der Stimmen, dass etwas gemacht werden soll, wofür wieder andere (künftige Generationen oder Steuerzahler aus Bayern über den Finanzausgleich) zahlen sollen. Da scheint mir die direkte Demokratie in Liechtenstein sehr viel besser zu funktionieren.

> «Die Generierung von Überschüssen wird auch vom Volk honoriert.»

Während der Staat brav spart, sind die Haushalte in Liechtenstein gemäss «Stability Report» der FMA vergleichsweise hoch verschuldet, Stichwort Hypotheken. Ein Widerspruch?
Nicht unbedingt. Gerade weil der «Staat brav spart», müssen sich die Haushalte erst einmal keine Sorgen machen, dass sie ihren Kindern auch noch implizite Staatsschulden vermachen, die sie dann irgendwann aufbringen müssen. Solange im Land die Hypothekenzinsen historisch gering, die heimischen Banken (auch in dieser Krise) sehr solide aufgestellt, und das Immobilienangebot natürlich knapp – und damit die Preise extrem hoch – bleiben, sehe ich hier – aus der Ferne und mit Blick auf die Volkswirtschaft als Ganzes – keine wirkliche Gefahr.

Böse Zungen könnten behaupten, dass das Land «Gewinnmaximierung» betreibt, was sicherlich nicht Aufgabe eines Staates ist. Es stellt sich aber die Frage: Sind Trends in diese Richtung feststellbar?
Das ist eine sehr spannende Frage; gerade auch aus staats- und ordnungspolitischer Sicht, die in meiner Studie nur kurz angerissen wird. Ein Staat als «Bürgergenossenschaft» sollte Ausgaben und Einnahmen im Interesse der Bürger verwalten und nachhaltig zum Ausgleich bringen, da auch künftige Generationen diesem Verband angehören. «Überschussmaximierung» passt da auf den ersten Blick nicht wirklich dazu. Das ist (im Rahmen des Rechts) ein legitimes und notwendiges Anliegen privatrechtlicher Unternehmen im globalen Wettbewerb, aber nicht eines Staates, der mit Zwangsmitteln hantiert. Gleichwohl ist auch für Land, Gemeinden und Sozialversicherungen in Liechtenstein eine «Überschussgenerierung» sehr wohl angeraten (und wird auch vom Volk honoriert). Dies liegt vor allem an der oben skizzierten Verletzlichkeit des Landes gegenüber externen und internen Risiken.

Sie bringen es in der Studie auf den Punkt: «Liechtenstein stellt sich die Frage, wie ein Teil des Überschusses an seine Bürger verteilt wird, während fast alle anderen Länder sich die Frage stellen, wie sie ihre Schulden auf andere verteilen.» Finden Sie es richtig, dass der Staat seine Überschüsse direkt an die Bürger abgeben sollte – etwa mittels Dividende, wie die Regierung angeregt hat?
Die Landesregierung selbst hat dies kurz vor Ausbruch der Pandemie und der globalen Rezession in Aussicht gestellt. Vielleicht ist man da heute aus guten Gründen etwas vorsichtiger. Was mir aber imponiert, ist die damals und wohl noch heute geltende Grundhaltung: Der Staat ist nicht dazu da, sich auf Kosten der Bürger zu bereichern, sondern im Sinne der Bürger Leistungen zu erbringen. Und wenn dann (sehr viel) Geld übrig ist: es war und bleibt das Geld der Bürger. Davon einen Teil zurückzugeben – noch dazu als «Dividende», die pro Kopf und damit ohne grossen Aufwand und ohne Einmischung von Interessenverbänden ausbezahlt würde, dürfte dem Ideal der «Bürgergenossenschaft» entsprechen. Das Schöne ist: Ob dieses Argument überzeugt, dürften die Liechtensteiner selbst in einer Abstimmung entscheiden.

> «Je klammer die Kämmerer in anderen Ländern, desto eher schauen sie, ob nicht beim Musterschüler etwas zu holen wäre.»

Immer wieder wird betont, dass Liechtenstein wegen der soliden Staatsfinanzen die Coronakrise nicht fürchten muss. Kommen Sie zum selben Schluss?
Nicht ganz. Die Krise ist ja nicht nur eine Herausforderung für die Staatsfinanzen, sondern für Industrieunternehmen, die schauen müssen, ihre Wertschöpfungsketten aufrecht zu erhalten, oder für Dienstleister, denen das Geschäft wegbricht (Gastronomie, Hotellerie, Künstler, Veranstalter). Wichtig ist aber, dass Banken und Finanzdienstleister die Krise recht gut überstehen dürften und deshalb keine «Systemkrise» zu befürchten ist.

Mit der Bewältigung der Coronapandemie steigt die Verschuldung in anderen Staaten, wie Sie in Ihrer Studie festhalten. Was bedeutet dies für Liechtenstein?
Das birgt Risiken, aber auch Chancen. Liechtenstein und die Schweiz werden in einem Umfeld rasant steigender Staatsschulden zunehmend zu den wenigen «sicheren Häfen», was sich etwa in der AAA-Note im Ranking von Standard&Poor's ablesen lässt. Das kann den Standort noch attraktiver machen. Freilich übt eine weitere Kapitalflucht in den Frankenraum auch einen Aufwertungsdruck aus, der es der Exportindustrie schwerer macht, ihre Produkte zu verkaufen. Aber das ist man im Land gewöhnt.

Sie haben es schon angesprochen: Wächst die Gefahr, dass grössere Länder bzw. Staatengemeinschaften auf die gute finanzielle Situation Liechtensteins schielen könnten und Begehrlichkeiten noch lauter werden?
Ich denke ja. Zwar muss sich Liechtenstein nicht an den EU-Massnahmenpaketen beteiligen; aber je klammer die Kämmerer in anderen Ländern, desto eher schauen sie, ob nicht beim Musterschüler etwas zu holen wäre. Die EU versucht immer hartnäckiger, den Zugang zum Binnenmarkt davon abhängig zu machen, dass ein «level playing field» besteht, d. h., dass andere Länder ähnlich strikte Regulierungen und hohe Steuern haben. Das könnte auch die Standortvorteile in Liechtenstein unter Druck setzen.

Sie stellen fest, dass die Überschüsse des Landes zur Verteidigung der Souveränität entscheidend sind. Können Sie uns dies kurz erläutern?
Fragen Sie die Grafen von Hohenems … Nein, ernsthaft: Dass Liechtenstein 300 Jahre voller Kriege und Krisen als souveräner Staat hat überleben können, hat viele Gründe – finanzielle Reserven gehören aber sicher dazu. Heute ist die Souveränität des Landes sicher besser geschützt als je zuvor. Aber es gibt auch die kleinen, schleichenden Souveränitätsverluste. Viele davon sind auch sinnvoll, etwa die Teilung wirtschaftspolitischer Souveränität mit internationalen Organisationen wie dem EWR. Dass der überhaupt noch besteht, könnte auch daran liegen, dass Norwegen, Island und Liechtenstein wohlhabende und finanziell stabile Länder sind, die auch ausserhalb der EU bestehen können. Ein im Ausland hoch verschuldetes Land verliert auch Souveränität an seine Gläubiger, zumal dann, wenn es sehr klein ist und deshalb auch politisch kaum Gewicht hat.

Zum Schluss noch ein kleines Gedankenspiel, wenn auf einen Schlag alles bachab geht: Wie viele Schulden könnte Liechtenstein heute vertragen?
Ein Schlittern in Nettoschulden nach Aufbrauchen aller Reserven könnte das Land auf Dauer kaum vertragen. Vorübergehende Defizite in der Erfolgsrechnung dagegen könnten Land, Gemeinden und Sozialversicherungen gut verkraften; das wäre auch angesagt, wenn die Wirtschaft wie derzeit in einer tiefen Rezession steckt. 2012 war dieses Defizit schon einmal bei fast 2,5 Prozent des BIP. Danach hat man aber schon bald wieder ein positives Finanzierungssaldo geschafft. «Spare in der Zeit, so hast Du in der Not»: Das heisst auch, dass man die Notgroschen nutzen sollte.

Die Studie «Erfolgsfaktor solide Staatsfinanzen – Ordnungspolitische Gründe für den Erfolg Liechtensteins» finden Sie auf sous.li. Über die E-Mail-Adresse info@sous.li kann sie auch in Buchform bestellt werden.

Öffentliche Hand: Mehrere Milliarden auf der hohen Kante

Das Reinvermögen des Landes Liechtenstein stieg in den vergangenen Jahren stetig auf über drei Milliarden Franken, was dem 3,8 fachen der Jahresausgaben oder 78 261 Franken pro Einwohner entspricht (2019). Dabei nicht eingerechnet sind die Reinvermögen der 11 Gemeinden – allen voran Vaduz und Schaan – in Höhe von knapp 2 Milliarden Franken und die Reserven der Sozialversicherungen von über 3 Milliarden Franken. Somit kommt Liechtenstein insgesamt auf ein Reinvermögen von fast 8 Milliarden Franken.

Zur Person

Experte für politische Ökonomie

Prof. **Michael Wohlgemuth** ist Forschungsbeauftragter der Stiftung für Staatsrecht und Ordnungspolitik. Zudem ist er apl. Professor für politische Ökonomie an der Universität Witten/Herdecke und u. a. Fellow am Walter Eucken Institut (Freiburg i. Br.) sowie Kollegprofessor des Promotionskollegs Soziale Marktwirtschaft der Konrad-Adenauer-Stiftung. Wohlgemuth ist Gründungsmitglied des «Netzwerk Ordnungsökonomik und Sozialphilosophie» (NOUS); daneben unter anderem Mitglied der Mont Pèlerin Gesellschaft, der Ludwig Erhard Stiftung und des ideengeschichtlichen Ausschusses des Vereins für Socialpolitik.

Europäische Vernetzung

Liechtenstein nun Mitglied in der CEDR

VADUZ/BRÜSSEL Liechtenstein ist der Konferenz europäischer Strassendirektoren (Conference of European Directors of Roads, CEDR) beigetreten. Das teilte das Amt für Strassenverkehr (ASV) mit. Die Aufnahme erfolgte demnach einstimmig durch die Mitgliederversammlung am Freitag. Mitglieder sind die jeweiligen Chefs der national zuständigen Behörden. Liechtenstein wird durch das ASV – und somit Otto C. Frommelt – vertreten. Die strategischen Ziele von CEDR sind laut der Medienaussendung die Verbesserung der Sicherheit und Nachhaltigkeit des Strassenverkehrs, die Förderung und das Monitoring von vernetztem und automatisiertem Fahren und unter anderem die Abstimmung im Strassengüterverkehr. Das beinhalte auch zukünftige Trends zu antizipieren, die Stärkung der effizienten und nahtlosen Mobilität innerhalb des Verkehrssystems, die Erleichterung und Optimierung des Einsatzes aller Ressourcen unter bestmöglicher Nutzung vorhandener Infrastrukturen sowie die Verringerung der Umweltbelastung, insbesondere der CO_2-Emissionen. Ebenfalls sei die Einflussnahme auf die EU- beziehungsweise EWR-Gesetzgebung eine der Hauptaufgaben. CEDR hat seinen Sitz sowie die Geschäftsstelle in Brüssel und hat heute 28 Mitglieder (zum Beispiel auch die Schweiz, Österreich und Deutschland). Alle Mitglieder sind berechtigt, an den Sitzungen teilzunehmen und haben jeweils eine Stimme. (red/ikr)

Zwei Unfälle zu viel

Alkolenker nun ohne Führerschein

SCHAAN/GAMPRIN-BENDERN Am Freitagmorgen verunfallte ein laut Mitteilung der Landespolizei «wahrscheinlich fahrunfähiger» Autofahrer zuerst in Schaan und dann rund 50 Minuten später noch einmal in Gamprin-Bendern. Er verletzte weder sich noch andere. Aber der Führerschein des Autofahrers wurde eingezogen, heisst es in der Medienmitteilung. Zum Unfallhergang: Der Mann war gegen 8 Uhr mit seinem Auto auf der Benderer-Strasse in Richtung Schaan unterwegs und kollidierte dabei mit zwei am rechten Strassenrand befindlichen Pfosten. Ohne sich um den Schaden zu kümmern, fuhr er weiter. Auf der Ruggeller-Strasse in Gamprin-Bendern fuhr er nicht einmal eine Stunde später gegen eine Mittelinsel, querte die Gegenfahrbahn und prallte gegen einen Baum am Strassenrand. Es entstand erheblicher Sachschaden. Zur Klärung der Fahrfähigkeit hatte die Landespolizei eine Blutentnahme angeordnet. (red/pd)

Gratulation

Viel Glück im Ehestand

VADUZ Am Freitag vermählten sich vier Paare auf dem Zivilstandsamt in Vaduz. Das «Volksblatt» gratuliert recht herzlich und wünscht den Brautpaaren alles Gute und viel Glück auf dem gemeinsamen Lebensweg. (Text: red/Fotos: T. Schnalzger)

Richard **Kahr** (von Österreich in Vaduz) und Viktoria **Scheiber** (von Österreich in Vaduz).

Martin **Willi** (von und in Balzers) und Nadine **Gstöhl** (von und in Balzers), die Tochter Melina zur Trauung mitgebracht haben.

Alessandro **Gusso** (aus Caorle, Italien, in Mauren) und Guendalina **Genovasi** (aus Pasiano-Pordenone, Italien, in Mauren).

Alex **Büchel** (von Gamprin in Triesen) und Ria **Lampert** (von Triesenberg in Triesen).

ANZEIGE

Ospelt Uhren & Schmuck AG
Internet: www.uhren-ospelt.li
Ihr Trauring-Spezialist

Leserfotos des Tages

Hallo!

Die heute veröffentlichten Fotos stammen von Markus Bürgler und wurden im Schaaner Wald aufgenommen. Vielen Dank für die Einsendung. Weitere Fotos für diese Rubrik sind erwünscht (redaktion@volksblatt.li). (Text: red; Fotos: Markus Bürgler)